

Nebrar Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Amliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. N.

Ar. 18.

Nebra, Mittwoch, 3. März 1897.

10. Jahrgang.

Zur Reichsfinanzreform.

Aus der Rede, die der „Reichsfinanzminister“ Graf Kolowrat bei der Beratung der Gesetze über die Vermeidung eines Teiles der Reichseinkommensteuern über die Schuldenlast (Anfang zur Verteilung auf die Einzelstaaten) im Reichstage gehalten hat, ergibt sich, daß die Reichsregierung mit den Regierungen der Einzelstaaten über diesen Gegenstand vollständig einig ist. Es soll eine reelle Scheidung zwischen den Finanzen des Reiches und denen der einzelnen Staaten erfolgen. Nur mit der Mehrheit des Reichstages ist die Reichsregierung noch nicht im Reinen. Die Stellung des gesamten Bundesrats ist die, daß die Einzelstaaten gegen jährlich wechselnde Ansprüche des Reiches geschützt sein sollen. Der Reichstag dagegen befürchtet in seiner Mehrheit, sein Budgetbewilligungsrecht leide darunter, wenn er nicht alljährlich die Höhe der Ministerialbeiträge feststellen könne.

Mit dem Reichshaushaltsetat ist es ein eigenes Ding. Der jetzige verminderte Rechenstand hat die ungewohnte Folge, daß nicht nur die überwiegende Zahl der Reichsangehörigen, sondern, wie wir glauben, auch ein großer Teil der Reichstagsabgeordneten selbst sich ein Bild von der tatsächlichen Gestaltung der Reichsfinanzen kaum machen können. Gerade die Parteien, die mit Recht ein geordnetes Finanzwesen als das wichtigste Fundament des Staates betrachten und auf diesem Gebiete auch die Pflicht ihren Wählern gegenüber ernst nehmen, sollten die Hand dazu bieten, unsere Reichsfinanzen durchsichtiger zu gestalten und damit auch weiteren Streichen die Möglichkeit zu gewähren, der Entwidlung dieses wichtigen Zweiges der Reichsverwaltung mit Verständnis zu folgen.

Dem Einzelstaat kann es nicht gleichgültig sein, wenn er plötzlich mit Millionen oder auch nur mit Hunderttausenden zu Beiträgen für die Reichskasse herangezogen wird; es kann ihm um so weniger gleichgültig sein, je kleiner er ist. Lieber als daß er gibt, ist es ihm, wenn er empfängt. Aber selbst wenn es nicht empfangen kann, würde er sich schon bedauern, sobald er nur davon gefehlt ist, etwas herzugeben zu müssen. Geben muß er in der Form der Ministerialbeiträge, nehmen kann er in der Form der Ueberweisungen. So lange die Ueberweisungen den Ministerialbeiträgen überlegen, war gutes Wetter. Aber es kamen trübe Tage, in denen der Ministerialbeitrag höher als die Ueberweisungssumme war. Aus den Rücklagen des Reiches wurde nachgeholfen. In letzter Zeit hat sich der Himmel wiederum gelichtet; die Reichseinkommen müssen, und damit wuchsen auch die Ueberweisungen. Sie liegen so hoch, daß man sich überlegen mußte, ob es noch angeht, einzeln, an die Einzelstaaten von Reichs wegen Ueberweisungen heranzuziehen, während anderseits das Reich Schulden auf Schulden häufte.

Aus dieser Ueberlegung ging das Schuldentilgungsgesetz hervor, nach dem für das laufende Geschäftsjahr der Uebertrag der Ueberweisungen über die Ministerialbeiträge zur Hälfte zur Verminderung der Reichsschuld zurückzuverwenden ist. Nach dem benannten Beispiel soll nun auch für das kommende Geschäftsjahr der Uebertrag nur zur Hälfte den Einzelstaaten zufließen, zur anderen Hälfte für Schuldentilgung verwendet werden. Die Regelung von Jahr zu Jahr geht die Regierung einweisen, weil sie hofft, daß, wenn es oft mehrere Jahre verfahren ist, zuletzt eine dauernde Regel, eine Umwandlung des provisorischen Zustandes in einen definitiven zu erzielen sein wird, — eine Regel, wonach die Ministerialbeiträge, die jetzt nach oben wie nach unten beweglich sind, auf einen bestimmten Höchstbetrag festgelegt werden. Allsamt bräuchten die Einzelstaaten plötzliche Zugriffe des Reichs nicht mehr zu fürchten. Und sie würden unter solchen Umständen vielleicht auch damit einverstanden sein, wenn die Ueberweisungen nicht mehr erhielten. Reich und Einzelstaaten wären auf diese Weise selbstständig geworden und hätten endlich eine voneinander unabhängige Finanzorganisation gewonnen. Jeder würde für sich selbst sorgen.

Das wäre an sich ein vernünftiges und erstrebenswertes Ziel, wenn darunter nicht die

„Reichsfinanzreform“, das Budgetbewilligungsrecht des Reichstages, zu leiden hätte. Die Reichsfinanzreform will dieses Recht nicht so ohne weiteres aus der Hand geben. Entwurfene also wird es wohl so bleiben, wie es ist, bis man sich schließlich auf eine entsprechende Abänderung einigt. Denn diese Einigung muß erzielt werden, weil sie vernünftig ist und die gegenwärtigen eigenartigen Verhältnisse nicht verwirrt werden können: das Reich aber während der Schulden, bereit zugleich aber Lebensfähigkeit; die Einzelstaaten mit Reich und Steuern werden reichlicher, aber das Reich selbst nichts davon; schließlich auch die Einzelstaaten vor notwendigen Zugriffen der Reichsfinanzen geschützt werden.

Die Schwankungen der finanziellen Beziehungen des Reichs zu den Einzelstaaten sind so erschütternd gewesen, daß während im Jahre 1872 die Bundesbeiträge 22,2 Millionen an das Reich zu zahlen hatten, letzteres im Jahre 1889/90 in der Höhe von 139,7 Mill. in die ersten herauszahlen. Die Reichsschuld schließlich belief sich auf 72,2 Mill. mit 2,8 Mill. Zinsen im Jahre 1878 und betrug im Jahre 1896 2125,2 Mill. mit 72,2 Mill. Zinsen. Die jetzigen Zinsen haben demnach die Höhe der früheren Schuld erreicht.

Deutscher Reichstag.

Am 26. d. wird zunächst die Beratung des Etats der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen fortgesetzt bei den Einnahmen.

Abg. Buch (soz.) behauptet, bei den verschiedenen Beschlüssen über die Reichsverwaltung der fällige Gesichtspunkt immer mehr hervorzutreten. In Baden sehe man die Situationsverhältnisse allgemein als eine große Verkehrsvereinfachung an. Die preussische Verwaltung lasse aber in erster Linie nicht nach solchen, sondern nach möglichst hohen Hebesätzen. So würden die eisenbahnrechtlichen Bahnen hinter den benachbarten böhmisches Bahnen zurück, und die Bevölkerung läge sich gedehnt.

Die Einnahmen werden bewilligt. — Bei den Ausgaben fordert

Abg. Buch die Vertiefung des Etats der Zentralverwaltung von Berlin nach Straßburg. Erhe die nicht erlöste, könne man auf eine Erfüllung der Wünsche nicht rechnen, die die Reichsregierung in Bezug auf Verkehrs- und Betriebsverbesserungen. Das Reichsalte ist ungenügend und auf den Bahnhöfen herrschen gräßliche Zustände. Bei härteren Anträgen würden nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Reisenden, die für den dritten Klasse bezahlt hätten, in Gütern oder sogar Viehhägen befördert. Der Herrmann Stumm habe man weiter die Anlegung einer Anstaltshaus gehalten, obwohl die Stelle über Terrain gingen, das nicht geeignet sei.

Auf Anfrage des Abg. Förster (Antik) erwidert Geheimrat Wadegapp, es liege die revidierten Eisenbahnbeamten in den letzten Jahren sehr viel geringer, insbesondere auch für die Ministerialbeamten, von denen besonders Beschwerden vorlägen. Es liege eine große Schwierigkeit zu weiteren Aufbesserungen in den nächsten Jahren vorzuliegen.

Abg. v. Stumm (freisoh.) verliert; die Behauptung, daß keine Veranlassung an Stelle über ihn nicht gehöriges Gelände gelegt habe, ist vollkommen unrichtig.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Buch erklärt Minister Ebelien, er würde sich nicht beunruhigt fühlen, dem Reiter zu antworten, nachdem derselbe einmal geäußert, die zitternswürdigen Ausgaben der Reichseisenbahnverwaltung seien nicht als Nebenarbeiten. Er wolle aber hier darauf hinweisen, daß die Prämien, die früher für die Ministerialbeamten gezahlt wurden, nicht mehr gezahlt werden.

Die Abg. v. Hammer (nat-lib.) und Buch (soz.) empfehlen allmählich dem Beispiel Preussens zu folgen und nur eine Klasse von Streitkräften zu verwenden.

Abg. Wadegapp bemerkt, die Verwaltung der Reichseisenbahnen beschäftige allerdings, hier dem Beispiele Preussens zu folgen und nur zwei Kategorien von Beamten zu lassen, nämlich Eisenbahn- und Eisenbahn-Minister.

Abg. Förster empfiehlt die Einstellung der Ranglisten erster und zweiter Klasse.

Geheimrat Wadegapp erwidert, die Ranglisten erster Klasse hätten die Schwierigkeiten und verunmündlichen Arbeiten zu erhöhen, daher recht fertige für die bessere Bezahlung; die Stellen erster Klasse seien übrigens in den letzten Jahren mehrfach vermehrt worden.

Abg. Buch trägt die zu lange Arbeitszeit und den Mangel an Sommerfrische für das Stations-, Strecken- und Telegraphenpersonal.

Minister Ebelien: Das einzelne Beamtenkategorie generell überhöhen oder in ihren Einkommensverhältnissen schlechter gestellt sein als die anderen Beamtenkategorien, müßte er entschieden in Mitleid stehen.

Abg. v. Hammer (nat-lib.) sagt bezüglich der Telegraphen nicht anerkennen, daß die der Reichsfinanzreform gefehlt seien, wie die in Baden und in Preußen.

Abg. Berner (Antik) empfiehlt die Verzichtserklärung der Wünsche der Lokomotivführer auf Befriedigung in Rang, Gehalt, Sozial- und Vorkosten.

Minister Ebelien weist darauf hin, daß die preuss. Verwaltung der Beamten noch erhebliche Vorteile gebracht habe, die sie früher nicht gehabt. Die Müdigkeit der Stellung der Lokomotivführer werde von der Verwaltung vollkommen gewahrt, aber es liege doch kein Anlaß vor, sie aus den übrigen Beamtenkategorien herauszugreifen und mit Gehaltserhöhungen zu bedenken.

Die Abg. v. Stumm und v. Hammer (nat-lib.) erkennen die Wichtigkeit der preuss. Verwaltung durchaus an. Das Exorbitanz mit darauf nach weiterer Umverteilung der Debatte bewilligt. — Im Extraterritorium beantragt die Budgetkommission die Erhöhung der Forderung in Höhe von 1 Million Mark für eine erste Rate zum Bau der Bahn von Waidenburg nach Pöllingen.

Minister Ebelien teilt mit, daß die Interessen sich in letzter Zeit bereit erklärt hätten, ihren Gehalt zu erhöhen. Sowohl die revidierten Eisenbahnen als die der preussischen Staatsverwaltung, und nicht zum mindesten das Interesse der Landesverwaltungsbeamten machten es daher erwünscht, Gelegenheit zu nochmaliger Parierung der Gehälter zu haben, aus denen der Besetzung die halbe Jahresvergütung des Bundes erwünscht ist. Er bitte die Forderung daher nochmals der Kommission zu überweisen.

Die Forderung wird darauf an die Kommission zurückgewiesen. Der Etat des Eisenbahnbetriebs wird betatelt bewilligt. — Damit ist der Etat der Eisenbahnverwaltung erledigt.

Es folgt das aus dem Etat des Reichsamts des Zinners noch rückständige Kapitel „Reichs-Eisenbahnen“. Die Kommission, an welche dieselbe nachträglich verwiesen worden war, beantragt unveränderte Bewilligung und Annahme folgender Resolution: „Den Herrn Reichstagsmitgliedern in dem nachfolgenden Etat beim Reichs-Verwaltungsausschuss einen Teil der revidierten revidierten Beamten durch etatsmäßig angestellte Richter zu ersetzen.“

Abg. v. Bülowe (soz.) bringt Beschwerden über die Ausübung der Reichsgerichtsbarkeit vor.

Abg. v. Hammer (nat-lib.) behauptet, daß die Rolle von Sozialisten- und Alters-Versicherungsgesetz noch immer nicht eingegangen ist.

Präsident v. Bülow teilt mit, daß die Rolle werden sehr am Kolonnen zwischen diesen und dem Reichsamt des Zinners zu vermeiden. Mehrer wünscht ferner weitestgehende Förderung der auf Unfallversicherung gerichteten Bestrebungen der Reichs-Eisenbahnen und die Einrichtung eines Reichs-Eisenbahnen-Versicherungsausschusses.

Staatssekretär v. Bülow erwidert, er habe sich für das Zufundkommen eines solchen Ausschusses selbst interessiert, der Reichsgerichtssekretär habe aber nicht die nötigen Stellen, um es herbeiführen zu können. Er hoffe das gleiche von den verhandelt Regierungen.

Das Kapitel „Reichsversicherungsamt“ wird darauf bewilligt, die von der Kommission beantragte Resolution angenommen.

In dieser Sitzung werden sodann noch betatelt angenommen das Gesetz betr. die Besetzung von Stellen unehelicher Kinder und die Konvertierungsbestimmungen des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung nebst Einführungsgesetz.

Abg. v. Hammer (nat-lib.) beantragt, die Vorlage an bloß einzusetzen.

Abg. v. Stumm (soz.) erklärt sich mit diesem Antrag einverstanden.

Die Vorlage wird darauf einstimmig an bloß angenommen. Ebenso findet bei neue Grundbesitz der Landesverwaltungsamt, wo beim Titel „Ministerialbeamten“ der Abg. v. Hammer (nat-lib.) die Absprechung der Grenzen gegen die Reichsregierung, Aufhebung der Reichs-verwaltung und Veräußerung der Margarine-Verwaltung (Ministerium) wurde.

In Abgeordnetenhaus wurde am 27. v. die Spezialberatung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt, wobei viele Wünsche und Begehren betreffend der Stellung der Landwirtschaft laut wurden.

Preussischer Landtag.
Das Abgeordnetenhaus vertrieb am Freitag die Vorlage betr. Eingebung Breslauer Vororte an die Gemeindefinanzverwaltung und begann hierauf die Beratung des Entwurfs des Abg. v. Hammer (nat-lib.) „Ministerialbeamten“ der Abg. v. Hammer (nat-lib.) die Absprechung der Grenzen gegen die Reichsregierung, Aufhebung der Reichs-verwaltung und Veräußerung der Margarine-Verwaltung (Ministerium) wurde.

Politische Rundschau.
Zustandslaut.
*Am 27. Februar fand beim Kaiserpaar im königl. Schloß zu Berlin das große

Insertionspreis
für die 1spaltige Kopie-Zeile oder deren Raum 10 Pf. Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

historische Kostümfest statt, daß einen Berliner Hofball vor 100 Jahren nachahmt und damit als Einleitung für die Genarar-Feierlichkeiten gelten darf.

*Das russische Ultimatum an Griechenland hat sowohl in Berlin wie in Wien einen sehr beruhigenden Eindruck gemacht. Man hofft, daß es keine Wirkung auf die griechische Regierung nicht verhehlen wird. In Wiener diplomatischen Kreisen ist man bestrebt der Ansicht, daß Griechenland dem Willen der Mächte, an deren Spitze sich England gestellt hat, nicht länger Widerstand leisten wird.

*In Berlin ist eine außerordentliche persönliche Gefandtschaft einetroffen, um die Kronbesetzung des neuen Schahs amtlich anzugehen.

*Am Konstantinopel soll demnächst ein großer Personalwechsel erfolgen; vornehmlich würden die jetzt überlebten Berufsbeamten wieder beletzt. Offen sind gegenwärtig das Generalkonsulat Antwerpen und die Konsulate zu Manila, Serowien und Eiflis. Auch scheint es, daß die Ernennungen für die im Etat vorgeschlagenen Konsulate zu Wien und zu Istanbul am Don zunächst schon erfolgen werden. Wahrscheinlich wird auch die deutsche Stelle bei der apostolischen Schuldenkommission dabei mit beletzt werden.

*Die Vorlage über die Reform des Militärstrafprozesses ist, wie gemeldet, in den Ausschüssen des Bundesrats durchberaten und wieder an das Plenum gelangt. Nach einer der Augsb. Abendblätter aus München gegenüber die Mitteilung wird im Bundesrat noch eine dritte Lesung stattfinden. Daraus schließt die vielfach aus den bayrischen Ministerien bediente Augsb. Abendblätter, daß in der zweiten Lesung an dem Entwurf erhebliche Veränderungen vorgenommen worden sind.

*Die Geschäfte des Reichsgerichts haben im letzten Jahre, soweit Zivilsachen in Betracht kommen, eine Zunahme erfahren, während die Strafsachen abgenommen haben. Es sind 2496 Zivilsachen abhängig geworden gegen 2419 im Vorjahr. Die Zahl der Revisionen in Strafsachen ist von 6955 auf 5704 zurückgegangen. Beschwerden sind im ganzen 1184 abhängig gemacht worden gegen 1123 im Vorjahr. Wichtig ist, daß die Zahl der Zivilsachen, in denen das angeforderte Urteil aufgehoben ist, erheblich zurückgegangen ist, und zwar von 489 auf 438. Für den Erfolg der Revisionen in Strafsachen liegen keine Zahlenangaben vor. Von den Beschwerden sind 220 für begründet und 858 für unbegründet erklärt.

*Der Reichstag hat sich bis zum 8. März vertagt, um seinen Kommissionen Zeit zu lassen, ihre Arbeiten zu fördern.

*Die Kommissionen des Reichstags werden vor dem 4. März nicht zusammengetreten. Die zur Vorbereitung des neuen Handels-gesetzes und der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz eingeleiteten Kommissionen nehmen am 4. März ihre Tätigkeit wieder auf. Die Budgetkommission wird erst am 5. d. die Margarinekommission, die zum Verichterater den Abgeordneten Metlich (soz.) bestimmt hat, gar erst am 11. März wieder ihre Beratungen fortsetzen.

Frankreich.
*Der freigeiprochene Arton vertrieben wieder Kurde und Griechen unter den Franzosen. Eine formelle Erklärung des Arton im Schwurgericht der Seine, er werde die Namen der 104 Parlamentarier nennen, welche die Summe von 1480000 Frank als Panama-Scheideungsgelder erhalten haben, selbst jetzt den Gegenstand der lebhaften Erörterung. Die Erregung unter den Parlamentariern ist sehr groß.

England.
*Ueber die englische Mission nach Bessinien äußerte sich der Unterstaatssekretär Gurgon im Unterhaus dahin, die Mission solle König Ouled el freundschaftlichen Verbindungen zwischen den britischen und türkischen Beziehungen in politischer und kommerzieller Hinsicht zu fördern sowie gewisse Fragen zu regeln, die zwischen den britischen Behörden des Somaliproprietors und dem abessinischen Gouverneur von Harrar entstanden seien. Es sei nicht möglich, bei dieser Gelegenheit einen besonderen Vertreter der britischen Handelsinteressen der Mission beigegeben, aber wohl mehrere Beauftragte erhalten, deren Interessen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

*Nach Subarita tenet England neue Truppen. Ganz unerwartet hat das in

Vermischtes.

Nebra, 2. März. Der Wasserstand der Unstrut hat infolge weiterer Schneeschmelze und in Verbindung mit Regenwetter in Thüringen eine Höhe erreicht, wie wir sie seit einigen Jahren nicht mehr gehabt haben. Die über die Weiden sich erstreckende Wasserfläche bildet einen See. Für den Naturfreund bieten die zeitweiligen Ueberflutungen immer ein interessantes Bild und so sah man am Sonntag nachmittag auch die Leute in Scharen aus der Stadt nach dem Unstrutbale wandern. — Die Ueberflutungen haben glücklicherweise auch ihren Augen, da der Ertrag der im Unstrutbale belegenden Weiden wesentlich gefördert, und manchem schädlichen Naget durch diesbezügliche Gerüche beseitigt wird. — Das Wasser fällt langsam wieder.

Nebra, 2. März. Ein Gewitter zog gestern Abend gegen 8 Uhr über unsere Gegend. Stille Blize, denen langsamhaltende starke Donnerlärm folgten, erleuchteten im Augenblicke die finstere Nacht taghell. Das Gewitter dauerte ca. 1 Stunde. Der dabei fallende Regen war nicht bedeutend.

8. März. Am Sonntagabend hielt der Bürgerverein seine 2. Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Gemrich, eröffnete dieselbe und ließ die erziehenden Mitglieder herzlich willkommen. Nachdem er der Versammlung die neuergewählten Mitglieder des Vorstandes vorgestellt hatte, stellte er den ausgetriebenen seinen und der Versammlung Dank ab, hob rühmend ihr reges Interesse für die Vereinsfache, sowie ihren unermüdblichen Fleiß und ihr treues Mitarbeiten in dem Dienste des Vereins hervor. Die Versammlung bezeugte ihre Zustimmung durch Erheben von den Plätzen. Die vorliegenden Anträge fanden ihre Beilegung im Sinne der Anwesenden, und so war die Tagesordnung bald erschöpft. Verschiedene Anfragen wurden nun noch an den Vorstand gerichtet, dieselben fanden teils sogleich ihre Beantwortung, teils wurden sie zu Anträgen formuliert bebüht Eingabe an den Magistrat. Möge der Verein auch im neuen Jahre wachsen, blühen und gedeihen und der Stadt dadurch Ruhm und Segen bringen.

Vom Wetter. „Der Frühling naht mit Brausen“, das Eis auf den Weiden und Feldern ist verschwunden.

„und unter Sturm und Saufen feimt fill die grüne Saat“. So hofft man wenigstens! — Die Stare haben sich zahlreicher eingestellt, und hier und da erheben sich auch die Vögel trillend in die Luft. Unsere Jugend treibt lustig ihr Kugelspiel und anderen Frühlings sport. Nur die „alten Weiterpropheten“, sagen nach ihren Beobachtungen in den zwölf Nächten für Mitte März nochmals Schnee voraus. Nach dem „Hundertjährigen“ ist der März vom 1. bis 9. kalt und trocken, vom 10. bis 16. erfolgen Niederschläge, vom 17. bis 20. folgt dann sehr warme Witterung, dann sinkt die Temperatur wieder, so daß es vom 22. bis 24. Regen und Schnee giebt. Der 24. soll Frost bringen. Darauf folgt veränderliche Witterung bis zum Ende des Monats.

Eine Betriebsstörung entstand am Freitag nachmittag auf unserer Strecke zwischen den Stationen Gehofen und Donndorf. Der Güterzug hatte eine Ladung starker Buchen, die vorn und hinten auf je einem Wagen lagen, zu transportieren, ohne daß jedoch die beiden Wagen aneinander befestigt waren. Infolge starker Bremsen vor der Einfahrt in den Donndorfer Bahnhof am leeren Wagen des Zuges zogen sich die Stämme vom vorderen Wagen herunter und fielen auf das Geleis. Die Nachmittagspersonenzüge konnten nur bis an die verpestete Stelle fahren und mußten nach beweislich Umfängen wieder zurückfahren. Die Freimachung des Geleises dauerte bis gegen 9 Uhr abends.

Keine Veröffentlichung der Offenbarungseide. Es war berichtet worden, daß bei den preussischen Amtsgerichten Verzeichnisse über alle Personen geführt werden, die den Offenbarungseid geleistet, und daß den Interessenten Einblick in diese Verzeichnisse gestattet sei. Wie das Justizministerium auf eine Anfrage erklärt, trifft diese Meldung nicht zu.

Zu Wendelstein erhängte sich am Sonntagabend mittag der Arbeiter B. in der Kammer seiner Wohnung. Ein infolge seiner Schwerhörigkeit entstandenes Mißverständnis scheint die Ursache hierzu gewesen zu sein.

Menschen. In der letzten Unstrut wurden dieser Tage zwei große Fander, 8 und 2 1/2 Pfund schwer, ge-

fangen. Bekanntlich hat der Fischerei-Verein die Unstrut mit solchen Fischen besetzt.

Waldkirch, 25. Februar. Das Opfer einer unheimlichen Wette ist der 18jährige Schiffer Brandes aus Woltersdorf geworden. Brandes erbot sich einen schweren eideinen Wirtstisch mit den Jähnen dreimal im Lokal herumzutragen. Beim dritten Gang aber brach der junge Mensch plötzlich tot zusammen. Ein Blutsturz hatte seinem Leben ein jähes Ende gemacht.

Artern, 26. Februar. Heute wurde Termin zur Verpachtung unserer Bahnhofsgrundstücke in Erfurt abgehalten. Derselben hatten 46 Bewerber eingeladen, von denen 10 persönlich erschienen waren. Die Gebote bewegten sich persönlich 1200—3500 Mf. Der bisherige Wirt bezahlte jetzt 2000 Mf.; ursprünglich sollte er es seit Gründung der Wirtschaft höchstens nur 900 Mf.

Naumburg, 27. Februar. [Marktbericht.] Butter 1.60 bis 1.80, Eier 3.20—3.50, Karpfen 1.75—2, Sühner 1.20—1.60, Truthähne 4—5.25, Schwanen 16—22, Karpfen 3—3.25, 1 Mdl. Metzeff 1—2 Mf., Tauben 75—90, Rindchen 80—100, 2 Kr. Backobf, Hosenobf 30—35, Mus 25—28, 1 Mdl. Kohlstaf 55—65, 1 Korb Kohl, Mähren 75—90, 1 Mdl. Sellere 90—130, Blumenobf 30—45 Pf.

Merzbürg, 25. Februar. Rittmeister a. D. Graf zu Stolberg Bernigerode überließ sich zum Ehrenritter des Johanniter-Ordens ernannt worden.

Bei Beginn des Frühjahrs machen wir Gartenfreunde, besonders auch Obstfreunde aufmerksam auf die vorstehende illustrierte Wochenchrift „Der praktische Gärtner im Obst- und Gartenbau“. Das Abonnement kostet vierteljährlich nur eine Mark. — Man sende diesbezüglich auch eine Probebestellung, die von der Verlagsbuchhandlung Zwargisch und Sohn in Frankfurt a. D. auf Wunsch gern unentgeltlich zugesandt wird.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 3. März, Abends 7 1/8 Uhr,
1. Passionsgottesdienst.

Es predigt: Herr Pfarrherr Schwegler.

Beim Ausgange werden Gaben zur Befreiung der Beleuchtungskosten gesammelt.

Bekanntmachungen.
Verwaltungsbericht der Stadtparkasse zu Nebra pro 1896.

Einnahme:		Bilanz.	
Nr.	fl.	Nr.	fl.
1. Kassenbestand aus dem Vorjahre	21522	1. Ausgeliehene Kapitalien:	
2. Einlagen im Jahre 1896	183296	a. gegen Hypothek:	501008
3. Zugelassene Zinsen pro 1896	11718	b. „ Wirtshaft:	31616
4. Zurückgezahlte Activa-Kapitalien	38848	c. „ Hauspfand:	3299
5. Zinsen von Activa-Kapitalien	24330	d. an Gewinnen:	22000
6. Geliehene (Passiva-) Kapitalien	—	e. Inhaberpapiere zum Kurzwert:	83240
7. Für Sparkassenbücher	34	2. Rückständige Zinsen	1650
Summa der Einnahme	291109	3. Baarbestand	20785
Ausgabe:	101951	4. Werth des Geldschrankes	300
1. Rückzahlungen auf Einlagen	—	Summa der Activa	664599
2. Zinsen für die Einlagen:	—	B. Passiva:	
a. aufgespart:	17178 M. 06 S.	1. Guthaben der Sparer	662319
b. abgehoben:	2608 „ 93 „	2. Im Jahre 1897 auf den Reservefonds zu übertragen	2280
3. Ausgeliehene Kapitalien	143380	Summa der Passiva	664599
4. Ausgaben für Ankauf von Inhaberpapieren	3628	Reserve-Fonds:	
5. Verwaltungskosten	1380	1. Vermögensbestand nach der Rechnung	40900
6. Zurückgezahlte Passiva-Kapitalien	—	2. Im Jahre 1897 zu verrechnender Ueberschuß der Sparkasse	2280
7. Sonstige Ausgaben	197	Summa	43180
Summa der Ausgabe	270324		
Ueberschuß:			
Die Einnahme beträgt	291109		
Die Ausgabe beträgt	270324		
Verbleibt Kassenbestand	20785		

Die in mündlichen Hypotheken angelegten Kapitalien der Sparkasse betragen 75 % der Passiva. Von den seit Errichtung der Kasse (1877) ausgegebenen 2488 Stück Sparbüchern waren am 1. Januar 1897 noch 1256 Stück im Umlauf und zwar ist jedes derselben durchschnittlich mit 527 Mark belegt. An Zinsen für die Einlagen gewährt die Kasse 3 1/2 %.

Darlehen werden gegeben: a) auf Hausgrundstücke bis zur Hälfte der Feuerversicherungs-Summe.
b) auf Liegenschaften bis zum 2/3fachen Betrage des Grundfeuerertrages und gegen gerichtliche Zagen bis zur Hälfte des Wertes.
c) auf Handschrift gegen Wirtshaft von 2 Personen (bis 1000 Mf.)
d) auf Handschrift gegen Verpfändung von Staats-pp. Papieren bis zu 1/4 des Kurzwertes.
Anmerkung: Gegenwärtig sind 100,000 Mark auf Hypothek ausgeliehen.

Nebra, den 20. Februar 1897.
Das Kuratorium. Die Rentantur.
Strauch, Bürgermeister. Haft.

Unsern geschätzten Kunden bringen wir hiermit unsere **anerkannt reellen reinen Fabrikate** bei äußerster Preisberechnung in empfehlende Erinnerung.
Mit vorzüglicher Hochachtung!
Mechanische Treibriemen-Weberei und Seilfabrik Gustav Kunz, A. G.,
Treuern i. S.
Magdeburg: C. Timme. Aken a. E. Fr. Grobkopf.

Tapeten und Bordüren in den neuesten Mustern empfiehlt zu sehr billigen Preisen **Waldemar Kabisch.**

Aus Dankbarkeit und zum Wohlwollen dankend gebe ich Jedermann gern unentgeltliche Auskunft über meine ehemaligen Magdeburger, Chemner, Berbauungsstörung, Wirtshaus- und kleine mit, wie ich ungedeutet meines hohen Alters hienon bereit und gesund geworden bin.
F. Koch, Saalig, vord. Förster, Pömbfen, Post-Niehm (Westfalen).

Neinste Bordeaux-Weine von Soulé St. Bonnet & Co., in Bordeaux, sowie **französischen Champagner** von Gédouant & Co., Château de Pierry empfiehlt billigst **Waldemar Kabisch.**

Vorteilhafte Bezugsquelle für **eisernes Baumaterial** als: Träger, Schienen, Säulen pp. Anfertigung **compl. Baneisenconstructionen** als: Viehstallbanten, auch mit Selbsttänren, Stuhlrage, Treppen, Säulen, Fenster, Decken, Balkons, Brücken pp. **Wellblechbauwerke** **Hingst & Scheller,** Halle a. S., Wuchererstr. 81. große Lager — feinste Referenzen. 19jährige Specialität.

Fettbücklige, Brat-herige zc. trafen ein bei **Waldemar Kabisch.**
8 bis 9 Schock Gersten- und Haferstroh, **Grummet, Spreu und Abharte** liegt zum Verkauf bei **Wwe. Amalie Sachse.**
Leichter Wagen, ausgehender Dreifüßler, Egge, Walze, Särfeldmaschine steht zu verkaufen bei **d. D.**
Großes Dienstmädchen mit guten Zeugnissen sucht bei hohem Lohn zum 1. April cr. **Frau Max Cohn, Naumburg a. S.,** Herrenstraße 16.

Suche bei 120—150 Mf. Lohn ein ordentliches, in häuslichen Arbeiten erfahrendes Mädchen, welches schon in adrethem Haushalte gedient hat. Meldungen mit Angabe der bisherigen Stellung und Zeugnisabschriften erwünscht.
M. Thieme, Weissenfels a/S., Beuditzstr. 22, II Et.
Ich bedanke mich bei den hohen Herrschaften für die Freistelle, die ich diesen Winter bekommen habe. Gott mag sie vor allem Unglück behüten. **Ed. K. . .**

Kein Haus ohne **Brockhaus Konversations-Lexikon.**
Kein Reichsbeamter ohne **Brockhaus Konversations-Lexikon.**
Kein gebildeter aller Stände ohne **Brockhaus Konversations-Lexikon.**
Einfach unentbehrliches Nachschlagewerk für Jedermann. Grossartiges Geschenk bei jeder Gelegenheit.
Elegant, feiner Zimmerschmuck.
Brockhaus Konversations-Lexikon neueste 14. Aufl. 100jähr. Jubiläumsgabe mit gegen 10,000 Abbildung, im Texte und auf 980 Tafeln. Darunter 130 Chromolithen und 300 Karten und Pläne in 18 eleganten Halbfranzbänden zu je 10 Mark liefern sofort — ohne Anzahlung — zum Ladenpreis — ohne Preiszuschlag — gegen einmonatliche Ratenzahlungen von 3—5 Mark.
unter strenger Discretion! Bestellungen bitte zu richten an die **Versandbuchhandlung L. F. Strözel in München.**

Deutsche Modern-Zeitung 1 Mark
Wertheilhaft, Men verlag per Postkarte oder Problemum von 1. Guckelsthal der Deutsche Zeitung in Leipzig.

Printion und Druck der drei ersten Seiten von Hermann Vrentz's Verlag in Berlin. Redaction und Druck der vierten Seite und Verlag von Karl Siebig in Nebra.

Nebrauer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Amliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. H.

Ar. 18.

Nebra, Mittwoch, 3. März 1897.

10. Jahrgang.

Zur Reichsfinanzreform.

Aus der Rede, die der „Reichsrichtmeister“ Graf Kolowrat bei der Beratung der Gesetze über die Vererbung eines Teiles der Reichseinkommen-Überschüsse zur Schuldentilgung (Antritt zur Verteilung an die Einzelstaaten) im Reichstage gehalten hat, ergibt sich, daß die Reichsregierung mit den Meinungen der Einzelstaaten über diesen Gegenstand vollständig einig ist. Es soll eine einheitliche Regelung zwischen den Finanzen des Reiches und dann der einzelnen Staaten erfolgen. Nur mit der Mehrheit des Reichstages ist die Reichsregierung noch nicht im Reinen. Die Stellung des gesamten Bundesrats ist die, daß die Einzelstaaten gegen jährlich wechselnde Anprüche des Reiches geschützt sein sollen. Der Reichstag dagegen befürchtet in seiner Mehrheit, sein Budgetbewilligungsrecht leide darunter, wenn er nicht alljährlich die Höhe der Militärzulagen befestigen könnte.

Mit dem Reichshaushaltsetz ist es ein eigenes Ding. Der jetzt verordnete Mechanismus hat die ungewünschte Folge, daß nicht nur die überwiege die Zahl der Reichsangehörigen, sondern, wie wir glauben, auch ein großer Teil der Reichstagsabgeordneten selbst sich ein Bild von der tatsächlichen Gestaltung der Reichsfinanzen kaum mehr machen können. Gerade die Parteien, die mit Recht ein gebornes Finanzwesen als das wichtigste Fundament des Staates betrachten und auf diesem Gebiete auch die Pflicht ihren Wählern gegenüber erfüllt werden, sollten die Hand dazu bieten, unsere Reichsfinanzen durchsichtiger zu gestalten und damit auch weiteren Kreisen die Möglichkeit zu gewähren, der Entwicklung dieses wichtigen Zweiges der Reichsverwaltung mit Verständnis zu folgen.

Dem Einzelstaat kann es nicht gleichgültig sein, wenn er plötzlich mit Millionen oder auch nur mit Hunderttausenden zu Beiträgen für die Reichskasse herangezogen wird; es kann ihm um so weniger gleichgültig sein, je kleiner er ist. Lieber als daß er gibt, ist es ihm, wenn er empfängt. Aber selbst wenn nichts empfangen kann, würde er sich schon bemühen, sobald er nur davon gefügt ist, etwas hergeben zu müssen. Geben muß er in der Form der Militärzulagenbeiträge, nehmen kann er in der Form der Ueberweisungen. So lange die Ueberweisungen den Militärzulagenbeiträgen überlegen, war gutes Wetter. Aber es kamen trübe Tage, in denen der Militärzulagenbeitrag höher als die Ueberweisungssumme war. Aus den Kostengängen des Reiches wurden Kostgeber. In letzter Zeit hat sich der Himmel wiederum gelichtet; die Reichseinkommen wuchsen, und damit wuchsen auch die Ueberweisungen. Sie fliegen so hoch, daß man sich überlegen mußte, ob es noch möglich sei, Ueberweisungen heranzuziehen, während andererseits das Reich Schulden auf Schulden häufte.

Aus dieser Ueberlegung ging das Schuldentilgungsgesetz hervor, nach dem für das laufende Etatsjahr der Ueberfluß der Ueberweisungen über die Militärzulagenbeiträge zur Hälfte zur Veranschlagung der Reichsschuld zurückzubehalten ist. Nach dem bewährten Beispiel soll nun auch für das kommende Etatsjahr der Ueberfluß nur zur Hälfte den Einzelstaaten zufließen, zur anderen Hälfte für Schuldentilgung verwandt werden. Die Regelung von Jahr zu Jahr gefehlt die Regierung einwirken lassen zu wollen, wie sie hofft, daß, wenn in oft mehrere Jahre verfahren ist, zuletzt eine dauernde Regel, eine Umwandlung des provisorischen Zustandes in einen definitiven zu erzielen sein wird, — eine Regel, wonach die Militärzulagenbeiträge die jetzt nach oben wie nach unten beweglich sind, auf einen bestimmten Höchstbetrag festgelegt werden. Möglichen brauchen die Einzelstaaten plötzliche Zugriffe des Reichs nicht mehr zu fürchten. Und sie würden unter solchen Umständen vielleicht auch damit einverstanden sein, wenn sie Ueberweisungen nicht mehr erhielten. Reich und Einzelstaaten wären auf diese Weise selbständig geworden und hätten endlich eine voneinander unabhängige Finanzanlage gewonnen. Jeder würde für sich selbst sorgen.

Das wäre ein vernünftiges und erstrebenswertes Ziel, wenn darunter nicht die

„Steuern“, das Budgetbewilligungsrecht des Reichstages, zu leiden hätte. Die Reichstagsmehrheit will dieses Recht nicht so ohne weiteres aus den Händen geben. Entwürfen also wird es wohl so bleiben, wie es ist, bis man sich schließlich auf eine entsprechende Regelung einigt. Denn diese Regelung muß erst verwirklicht werden, ehe die Reichsregierung ermächtigt werden kann, die Höhe der Ueberweisungen festzusetzen, bereit zugleich auch Ueberflüsse zu beschließen, über das Reich zu beschließen; schließlich muß auch die Einzelstaaten vor notwendigen Zugriffen der finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Einzelstaaten geschützt werden, daß während im Jahre 1872 die Bundesstaaten 82,2 Millionen an das Reich zu zahlen hatten, letzteres im Jahre 1889/90 in der Höhe von 139,7 Mill. die ersten herauszahlen. Die Reichsschuld schließlich belief sich auf 72,2 Mill. im Jahre 1891. Zinsen im Jahre 1878 und betrug im Jahre 1896 2125,2 Mill. mit 72,2 Mill. Zinsen. Die jetzigen Zinsen haben demnach die Höhe der früheren Schuld erreicht.

Deutscher Reichstag.

Am 26. d wird zunächst die Beratung des Etats der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen fortgesetzt bei den Einnahmen.

Abg. W. v. (1893) behauptet, bei der reichslandlichen Verwaltung würde unter der persönlichen Verwaltung der städtischen Behörden immer mehr hervorgehoben. In Baden sehe man die Städtewirtschaft allgemein als eine große Verkehrsbelebung an. Die preussische Verwaltung trage aber in erster Linie nicht nach solchen, sondern nach möglichst hohen Heberwerbungen. So würden die eisenbahnähnlichen Bahnen hinter den denkbaren badien Bahnen zurück, und die Bevölkerung fühle sich gekränkt.

Die Einnahmen werden bewilligt. — Bei dem Aufgabenerfordern.

Abg. W. v. (1893) behauptet, bei der reichslandlichen Verwaltung würde unter der persönlichen Verwaltung der städtischen Behörden immer mehr hervorgehoben. In Baden sehe man die Städtewirtschaft allgemein als eine große Verkehrsbelebung an. Die preussische Verwaltung trage aber in erster Linie nicht nach solchen, sondern nach möglichst hohen Heberwerbungen. So würden die eisenbahnähnlichen Bahnen hinter den denkbaren badien Bahnen zurück, und die Bevölkerung fühle sich gekränkt.

Die Einnahmen werden bewilligt. — Bei dem Aufgabenerfordern.

Abg. W. v. (1893) behauptet, bei der reichslandlichen Verwaltung würde unter der persönlichen Verwaltung der städtischen Behörden immer mehr hervorgehoben. In Baden sehe man die Städtewirtschaft allgemein als eine große Verkehrsbelebung an. Die preussische Verwaltung trage aber in erster Linie nicht nach solchen, sondern nach möglichst hohen Heberwerbungen. So würden die eisenbahnähnlichen Bahnen hinter den denkbaren badien Bahnen zurück, und die Bevölkerung fühle sich gekränkt.

Die Einnahmen werden bewilligt. — Bei dem Aufgabenerfordern.

Abg. W. v. (1893) behauptet, bei der reichslandlichen Verwaltung würde unter der persönlichen Verwaltung der städtischen Behörden immer mehr hervorgehoben. In Baden sehe man die Städtewirtschaft allgemein als eine große Verkehrsbelebung an. Die preussische Verwaltung trage aber in erster Linie nicht nach solchen, sondern nach möglichst hohen Heberwerbungen. So würden die eisenbahnähnlichen Bahnen hinter den denkbaren badien Bahnen zurück, und die Bevölkerung fühle sich gekränkt.

Die Einnahmen werden bewilligt. — Bei dem Aufgabenerfordern.

Abg. W. v. (1893) behauptet, bei der reichslandlichen Verwaltung würde unter der persönlichen Verwaltung der städtischen Behörden immer mehr hervorgehoben. In Baden sehe man die Städtewirtschaft allgemein als eine große Verkehrsbelebung an. Die preussische Verwaltung trage aber in erster Linie nicht nach solchen, sondern nach möglichst hohen Heberwerbungen. So würden die eisenbahnähnlichen Bahnen hinter den denkbaren badien Bahnen zurück, und die Bevölkerung fühle sich gekränkt.

Die Einnahmen werden bewilligt. — Bei dem Aufgabenerfordern.

Abg. W. v. (1893) behauptet, bei der reichslandlichen Verwaltung würde unter der persönlichen Verwaltung der städtischen Behörden immer mehr hervorgehoben. In Baden sehe man die Städtewirtschaft allgemein als eine große Verkehrsbelebung an. Die preussische Verwaltung trage aber in erster Linie nicht nach solchen, sondern nach möglichst hohen Heberwerbungen. So würden die eisenbahnähnlichen Bahnen hinter den denkbaren badien Bahnen zurück, und die Bevölkerung fühle sich gekränkt.

Die Einnahmen werden bewilligt. — Bei dem Aufgabenerfordern.

Abg. Berner (Antik) empfiehlt die Berücksichtigung der Wünsche der Lokomotivführer auf Verbesserung in Rang, Gehalt, Wohn- und Meilenlohn.

Minister Zhielen weist darauf hin, daß die bessere Verwaltung der Beamten hoch ersehnte Vorteile gebracht habe, die sie früher nicht gehabt. Die Wichtigkeit der Stellung der Lokomotivführer werde von der Verwaltung vollkommen gewürdigt, aber es liege doch kein Anlaß vor, sie aus den übrigen Beamtenkategorien herauszugreifen und mit Gehaltserhöhungen zu bedenken.

Abg. v. Stumm und v. Stumm v. Senl. v. Herrnsheim (nat-lib) erkennen die Wichtigkeit der preuss. Verwaltung durchaus an. Die Wichtigkeit der Stellung der Lokomotivführer werde von der Verwaltung vollkommen gewürdigt, aber es liege doch kein Anlaß vor, sie aus den übrigen Beamtenkategorien herauszugreifen und mit Gehaltserhöhungen zu bedenken.

Minister Zhielen teilt mit, daß die Interessen sich in letzter Zeit bereit erklärt hätten, ihren Gehalt zu erhöhen. Sobald die reichslandlichen Eisenbahnen wie die preussischen Staatsbahnen, und nicht zum mindesten das Interesse der Landesverwaltungsbeamten machten es daher erwünscht, Gelegenheit zu nochmaliger Parierung der Gehälter zu haben, aus denen der Verwaltung die höhere Inanspruchnahme des Staates erwünscht ergehe. Er bitte die Regierung daher nochmals der Kommission zu überweisen.

Die Forderung wird darauf an die Kommission zurückgewiesen. Der Rest des Etatsordinariums wird behauptet bewilligt. Damit ist der Etat der Eisenbahnverwaltung erledigt.

Es folgt das aus dem Etat des Reichsamts des Innern noch rückständige Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“. Die Kommission, an welche dieselbe nachträglich verwiesen worden war, beantragt unverändert Bewilligung und Annahme folgender Resolution: „Den Herrn Reichsfinanzminister in dem nächstfolgenden Etat beim Reichs-Versicherungsamt einen Teil der remunerierteren richterlichen Beamten durch etwa fünfzig angestellte Richter zu ersetzen.“

Abg. W. v. (1893) bringt Beschwerden über die Ausübung der Versicherungsrechte vor.

Abg. Graf v. (1893) behauptet, daß die Novelle zum Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetz noch immer nicht eingegangen ist.

Präsident v. (1893) teilt mit, daß die Novelle schon während der Sitzung dem Kaiser vorgelegt und dem Reichstag des Innern zu verlesen. Mehrer wünscht ferner weitgehende Förderung der auf Unfallversicherung gerichteten Bestrebungen der Reichs-Versicherungsamt und die Einrichtung eines Reichsamts für Unfallversicherungs-Versicherungsamt.

Staatssekretär v. (1893) erwidert, er habe des folgenden Jahres Ministerium geleitet habe aber nicht von Seiten des Reichs-Versicherungsamt sein. Lieber er eben so gut Auskünfte geben könne er sich nicht erlauben, das gleiche zu tun.

„Reichstag“ wird darauf an die Kommission zurückgewiesen. Der Rest des Etatsordinariums wird behauptet bewilligt. Damit ist der Etat der Eisenbahnverwaltung erledigt.

Es folgt das aus dem Etat des Reichsamts des Innern noch rückständige Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“. Die Kommission, an welche dieselbe nachträglich verwiesen worden war, beantragt unverändert Bewilligung und Annahme folgender Resolution: „Den Herrn Reichsfinanzminister in dem nächstfolgenden Etat beim Reichs-Versicherungsamt einen Teil der remunerierteren richterlichen Beamten durch etwa fünfzig angestellte Richter zu ersetzen.“

Abg. W. v. (1893) bringt Beschwerden über die Ausübung der Versicherungsrechte vor.

Abg. Graf v. (1893) behauptet, daß die Novelle zum Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetz noch immer nicht eingegangen ist.

Präsident v. (1893) teilt mit, daß die Novelle schon während der Sitzung dem Kaiser vorgelegt und dem Reichstag des Innern zu verlesen. Mehrer wünscht ferner weitgehende Förderung der auf Unfallversicherung gerichteten Bestrebungen der Reichs-Versicherungsamt und die Einrichtung eines Reichsamts für Unfallversicherungs-Versicherungsamt.

Staatssekretär v. (1893) erwidert, er habe des folgenden Jahres Ministerium geleitet habe aber nicht von Seiten des Reichs-Versicherungsamt sein. Lieber er eben so gut Auskünfte geben könne er sich nicht erlauben, das gleiche zu tun.

„Reichstag“ wird darauf an die Kommission zurückgewiesen. Der Rest des Etatsordinariums wird behauptet bewilligt. Damit ist der Etat der Eisenbahnverwaltung erledigt.

Es folgt das aus dem Etat des Reichsamts des Innern noch rückständige Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“. Die Kommission, an welche dieselbe nachträglich verwiesen worden war, beantragt unverändert Bewilligung und Annahme folgender Resolution: „Den Herrn Reichsfinanzminister in dem nächstfolgenden Etat beim Reichs-Versicherungsamt einen Teil der remunerierteren richterlichen Beamten durch etwa fünfzig angestellte Richter zu ersetzen.“

Abg. W. v. (1893) bringt Beschwerden über die Ausübung der Versicherungsrechte vor.

Abg. Graf v. (1893) behauptet, daß die Novelle zum Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetz noch immer nicht eingegangen ist.

historische Kostümfest statt, daß einen Berliner Hofball vor 100 Jahren nachahmt und damit als Einleitung für die Geniar-Feierlichkeiten gelten darf.

Das russische Ultimatum an Griechenland hat sowohl in Berlin wie in Wien einen sehr bedrückenden Eindruck gemacht. Man hofft, daß es keine Wirkung auf die griechische Regierung nicht verhehlen wird. In Wiener diplomatischen Kreisen ist man bestrebt, die Ansicht, daß Griechenland dem Willen der Mächte, an deren Spitze sich England gestellt hat, nicht länger Widerstand leisten wird.

In Berlin ist eine außerordentliche persönliche Gefandtschaft einetroffen, die die Kronbefehlsgewalt des neuen Schahs amtlich angiebt.

Am Koninkarwerkspass soll demnächst ein großer Personalwechsel erfolgen; vornehmlich würden die jetzt überlebten Personalisten wieder bezeugt. Offen sind gegenwärtig das Generalkonsulat Antwerpen und die Konsulate zu Manila, Serangoen und Lissabon. Auch scheint es, daß die Ernennungen für die neu im Etat vorgeschlagenen Konsulate zu Manila und zu Serangoen am Don auszufallen schon erfolgen werden. Wahrscheinlich wird auch die deutsche Stelle bei der ägyptischen Schuldungskommission dabei mit bezeugt werden.

Die Vorlage über die Reform des Militärstrafprozesses ist, wie gemeldet, in den Ausschüssen des Bundesrats durchgearbeitet und wieder an das Plenum gelangt. Nach einer der „Ausg. Ansb.“ aus München angebenden Mitteilung wird im Bundesrat noch eine dritte Lesung stattfinden. Hieraus schließt die vielfach aus dem bayerischen Ministerien bediente „Ausg. Bism.“, daß in der zweiten Lesung an dem Entwurf erhebliche Veränderungen vorgenommen worden sind.

Die Geschäfte des Reichsgerichts haben im letzten Jahre, soweit Zivilsachen in Betracht kommen, eine Zunahme erfahren, während die Strafsachen abgenommen haben. Es sind 2496 Zivilsachen anhängig geworden gegen 2419 im Vorjahr. Die Zahl der Revisionen in Strafsachen ist von 8955 auf 5704 zurückgegangen. Beschwerden sind im ganzen 1184 anhängig gemacht worden gegen 1123 im Vorjahr. Wichtig ist, daß die Zahl der Zivilsachen, in denen das angefochtene Urteil aufgehoben ist, erheblich zurückgegangen ist, und zwar von dem 4. März nicht unbedeutend. Der Erfolg der Revisionen in Strafsachen liegen keine Zahlenangaben vor. Von den Beschwerden sind 220 für begründet und 858 für unbegründet erklärt.

Der Reichstag hat sich bis zum 8. März vertagt, um seinen Kommissionen Zeit zu lassen, ihre Arbeiten zu fördern.

Die Kommissionen des Reichstags werden vor dem 4. März nicht unbedeutend. Die zur Vorbereitung des neuen Handelsgesetzes und der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz eingesetzten Kommissionen nehmen am 4. März ihre Tätigkeit wieder auf. Die Budgetkommission wird erst am 5. d. die Margarinekommission, die zum Verichteratter der Abgeordneten Reichs (1893) bestimmt hat, gar erst am 11. März wieder ihre Beratungen fortsetzen.

Frankreich.

Der freigeiprochene Artin verbreitet wieder Furcht und Schrecken unter den Franzosen. Eine formelle Erklärung des Reichsgericht der Seine, er werde die Namen der 104 Parlamentarier nennen, welche die Summe von 1.430.000 Frank als Panama-Wechsel erhalten haben, bildet jetzt den Gegenstand der lebhaften Erregung. Die Erregung unter den Parlamentariern ist sehr groß.

England.

Ueber die englische Mission nach Ostindien äußerte sich der Unterstaatssekretär Surgeon im Unterhaus dahin, die Mission solle König Edward die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Ostindien festhalten und die Freundschaft zwischen England und Ostindien festhalten und die Freundschaft zwischen England und Ostindien festhalten.

England.

Ueber die englische Mission nach Ostindien äußerte sich der Unterstaatssekretär Surgeon im Unterhaus dahin, die Mission solle König Edward die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Ostindien festhalten und die Freundschaft zwischen England und Ostindien festhalten.

England.

Ueber die englische Mission nach Ostindien äußerte sich der Unterstaatssekretär Surgeon im Unterhaus dahin, die Mission solle König Edward die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Ostindien festhalten und die Freundschaft zwischen England und Ostindien festhalten.



Politische Rundschau.

Frankfurt.

Am 27. Februar fand beim Kaiserpaar im kgl. Schloss zu Berlin das große